

## **VERÄNDERTE STRUKTUREN – GESTÄRKT NACHBARN. EU-PROGRAMME IN NÖ NACH DER ERWEITERUNG.**

*In weniger als einem Jahr wird die Europäische Union aus 25 Mitgliedern bestehen. Niederösterreich ist durch die gemeinsame Grenze mit Tschechien und der Slowakei sowie das räumliche Naheverhältnis zu Ungarn direkt von der Erweiterung betroffen. Es muss daher bereits jetzt überlegt werden, in welcher Weise die beiden wichtigsten Instrumente der EU-Regionalpolitik, die Niederösterreich während der Programmperiode 2000–2006 zur Verfügung stehen – das sind das Programm Ziel 2 sowie INTERREG IIIA – an die neue Situation anzupassen sind.*

*Seit 1995 gibt es im Rahmen des Programms INTERREG IIA bzw. IIIA/PHARE CBC\* eine Kooperation zwischen den Grenzregionen Niederösterreichs und den angrenzenden Landesteilen von Tschechien und der Slowakei. Seit dem Jahr 2000 wurde diese Zusammenarbeit auch auf Ungarn ausgedehnt. Durch gemeinsame Projekte sollen die „Grenzen im Kopf“ abgebaut und eine sozial sowie wirtschaftlich integrierte räumliche Entwicklung unterstützt werden. Ab Mai 2004 werden diese Bemühungen noch intensiver verlaufen können, weil nicht nur Niederösterreich, sondern auch den neuen EU-Mitgliedsstaaten die Strukturfonds und somit auch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA zur Verfügung stehen wird.*

*Der Zeitpunkt der EU-Erweiterung fällt mit Mai 2004 mitten in die laufende Programmperiode 2000-2006. Es müssen daher nicht nur die Gemeinsamen Programmplanungsdokumente und die jeweilige Ergänzung zur Programmplanung angepasst, sondern sowohl die bestehenden, als auch die neuen Verwaltungsstrukturen auf beiden Seiten der Grenze festgelegt werden. Von den Programmanpassungen werden die Finanztabellen und die Detailabgrenzung der Fördergebiete betroffen sein, wohingegen die Prioritäten und Maßnahmen des Programms unverändert bleiben.*

### **EINHEITLICHE VERWALTUNGSSTRUKTUREN.**

*Die Programmpartner in Tschechien sollen bis Jahresende 2003 die Förderstruktur für INTERREG IIIA mit den entsprechenden Kompetenzen etablieren, wobei auch eine gemeinsame Programmstruktur erhalten bleiben muss. Das Prinzip einer möglichst klaren und einfachen Administration der Programme soll durch eine gemeinsame Verwaltungsbehörde, ein gemeinsames Monitoringsystem und eine Zahlstelle bzw. eine Subzahlstelle sichergestellt werden. In Österreich fungiert das Bundeskanzleramt als programmverantwortliche Verwaltungsbehörde, der ERP-Fonds als Zahlstelle und das entsprechende Bundesland als Koordinierungsstelle für den jeweiligen Programmanteil. In Abstimmung mit den Partnern ist vorgesehen, dass Österreich die Programmverantwortung gegenüber der EU-Kommission übernimmt. Die entsprechenden Institutionen auf tschechischer Seite sollen die gemeinsame Verwaltungsbehörde bei der Abwicklung des Programms entlasten. Ebenso wird das von beiden Ländern besetzte Technische Sekretariat für die Unterstützung der Verwaltungsbehörde zuständig sein. Niederösterreich ist in diesen Adaptierungsprozess des INTERREG IIIA-Programms voll eingebunden.*

*Die Intentionen Niederösterreichs zielen aber auch darauf ab, die Regionalisierungsbestrebungen in Tschechien, der Slowakei und in Ungarn zu unterstützen. Es wäre daher wichtig, dass die Regionalverwaltungen in den Nachbarländern (Kreise und Komitate) die Aufgabe der operativen Einheiten als Förderstellen für die Umsetzung des INTERREG IIIA-Programms übernehmen. Damit wäre wie auf der Ebene der Regionalmanagements, die es in ähnlichen Strukturen wie in Niederösterreich auch in den*

---

\* **Poland and Hungary Assistance for Reconstruction of the Economy  
Cross Border Cooperation**

Grenzregionen der Nachbarländer gibt, eine adäquate Beratungs- und Förderstruktur für die Projektträger vorhanden.

#### **ERFAHRUNGSUSTAUSCH: DEM NACHBARN EINE BRÜCKE BAUEN.**

Die EU-Erweiterung bringt zwar auch für die bisherigen Mitgliedsländer zahlreiche Veränderungen mit sich, in erster Linie ergeben sich aber für die Verwaltungen der Beitrittsländer neue Tätigkeitsfelder und Prozessabläufe. Für „EU-Anfänger“ ist es daher hilfreich, wenn ein bereits zur Europäischen Union gehörender Nachbar seine Erfahrungen in Verwaltung und Durchführung der unterschiedlichen EU-Förderprogramme weitergibt. Niederösterreich hat seit dem Beitritt Österreichs zur EU mit den unterschiedlichen Arbeitsprogrammen der Europäischen Union umzugehen gelernt. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden nun den Nachbarn weitergegeben, damit sie sich auf den Umgang mit den Förderprogrammen der Europäischen Union optimal vorbereiten können.

Bei der Vorbereitung der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns auf die Implementierung der Strukturfonds, dient die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik - Geschäftsstelle für EU-Regionalpolitik als Informationsquelle für die Vertreter der Nachbarregionen beim Know-how-Austausch. So wurden etwa in einem Arbeitsseminar diverse Fragen zu Programmabwicklung- und -steuerung, zu Personalaufwand und Verwaltungsstruktur, zu Beratungseinrichtungen und Einreichungsmodalitäten von Projekten sowie zu Öffentlichkeitsarbeit und Monitoring-System vorgestellt und diskutiert. Niederösterreich war aber auch Veranstalter eines bilateralen österreichisch-tschechischen strategischen Projektseminars, wo gemeinsame Prioritäten bei der zukünftigen Projektentwicklung speziell im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA abgestimmt wurden.

#### **ENTWICKLUNGSSCHANCEN WEITER IM AUGE BEHALTEN.**

Der Beitritt zur Europäischen Union stärkt unsere Nachbarstaaten. Um wirtschaftlich erfolgreich bleiben zu können, müssen sich Niederösterreichs Unternehmen daher noch stärker um Partnerschaften mit Betrieben in den Beitrittsländern bemühen und bereits jetzt auf die zu erwartenden Veränderungen einstellen.

Für das notwendige „Upgrading“ der Unternehmen und den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur in den niederösterreichischen Grenzregionen bzw. in den traditionellen Industriegebieten in der südlichen Landeshälfte bietet das Ziel 2-Programm Niederösterreich 2000–2006 mit seinem breiten Spektrum von 22 Maßnahmenkategorien hinreichend differenzierte, maßgeschneiderte Förderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Es wurde bereits in Erwartung der bevorstehenden EU-Beitritte unserer Nachbarstaaten in solcher Weise konzipiert, dass es auch nach vollzogenem EU-Erweiterungsprozess nicht abgeändert werden muss. Allerdings sollten im Hinblick auf die nötige Aufwertung der Standortbonität des EU-Erweiterungsraums einige Aktivitäten im Rahmen des Ziel 2-Programms künftig noch mehr forciert werden, wie etwa:

- die Fokussierung der Wirtschaftsaktivitäten an infrastrukturell gut ausgestatteten, hochwertigen Standorten (Modell der dezentralen Konzentration), um dort Synergiepotentiale nutzen zu können
- die Bündelung der Kräfte in Form von gemeindeübergreifenden Standortkooperationen in strukturschwächeren Kleinregionen
- die Anbindung der Grenzregionen an die Transeuropäischen Netze sowie an die Paneuropäischen Korridore
- die Förderung hochwertiger betrieblicher Investitionen, besonders F&E, im Sinne des erforderlichen „Upgradings“

Obwohl das Ziel 2-Programm primär die innere Stärkung der strukturschwächeren Landesteile Niederösterreichs zum Ziel hat, besitzt auch die internationale, grenzübergreifende Dimension dieses wichtigen Förderungs- und Entwicklungsinstruments einen gebührenden Stellenwert. Eine Abschottungsstrategie zwischen Niederösterreich und seinen Nachbarregionen würde eine nachhaltige, ja verhängnisvolle Entwicklung nach sich ziehen. Wirtschafts- und

*einkommensschwache Anrainergebiete würden eine verstärkte Zuwanderung bzw. Pendelwanderung aus diesen Regionen nach Niederösterreich und Wien (mit negativen Rückwirkungen für Niederösterreich) zur Folge haben und damit eine „Erosion“ des heimischen Beschäftigungssystems und Arbeitsmarkts. Wohlhabende Nachbarregionen mit rasch steigender Kaufkraft würden hingegen über verstärkte wirtschaftliche Lieferverflechtungen und Konsumbeziehungen positive Effekte in unseren Regionen mit sich bringen. Eine Voraussetzung für derartige positive Wirkungen sind nicht nur Wirtschaftskooperationen, sondern auch eine Intensivierung der institutionellen Zusammenarbeit, vor allem in Politik und öffentlicher Verwaltung, sowie die Pflege guter nachbarschaftlicher Beziehungen – also Hauptanliegen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG.*

*Niederösterreich steht aufgrund seiner Zentrallage eine spannende, herausfordernde Zeit bevor, die jedoch – Dank der in den letzten Jahren erarbeiteten Position als wichtiger regionaler Impulsgeber – eine große Chance für das Land sein wird.*

*MAG. MARTIN KAVALEK, MAG. FRANÇOIS-EDOUARD PAILLERON, UNIV.-DOZ. DR. WOLFGANG SCHWARZ,  
ABTEILUNG RAUMORDNUNG UND REGIONALPOLITIK-GESCHÄFTSSTELLE FÜR EU-REGIONALPOLITIK, ST. PÖLTEN*